
Presseinformation Nr. 1178

29. September 2006

OTTO:

Grüne bleiben auf halbem Wege stehen

BERLIN. Zu den aktuellen Vorschlägen zur Reform der Rundfunkfinanzierung durch die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt der Medienexperte der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO:

Ich freue mich, dass mittlerweile fast alle Parteien den Vorschlag der FDP aufgegriffen haben, die anachronistische Gerätekoppelung der Rundfunkgebühren aufzuheben. Auch die Grünen scheinen durch die hitzigen Debatten um die Gebühr für "neuartige Rundfunkempfangsgeräte" begriffen zu haben, dass das aktuelle Rundfunkfinanzierungssystem überholt ist und zu immer größeren Problemen führt.

Leider scheinen meine Kollegen von den Grünen diese Erkenntnis jedoch nicht dafür genutzt zu haben, sich intensiv mit der Materie auseinanderzusetzen. Ihre Reformvorschläge sind unausgegoren und realitätsfern. So soll zwar die Gebühr - wie von mir vorgeschlagen - durch eine Medienabgabe ersetzt werden. Diese soll aber auch Unternehmen auferlegt werden, und zwar je "nach Größe der Betriebe und ihrer Mediennutzungsintensität".

Allein schon auf die Definition von "Mediennutzungsintensität" könnten sich Bürger, Unternehmer und Politiker aller Couleur freuen, von ihrer Überprüfbarkeit ganz zu schweigen.

Unausgegoren ist auch die Forderung der Grünen, die Medienabgabe solle „pro Haushalt“ entrichtet werden. Denn die Frage, wer einen gemeinsamen Haushalt bildet, muss in jedem Einzelfall mühsam geprüft werden und erfordert weitere Schnüffeleien durch GEZ-Beauftragte.

Interessant ist auch die Kritik der Grünen an dem FDP-Vorschlag, die Abgabe ohne großen bürokratischen Aufwand durch die Finanzämter einziehen zu lassen: dies gefährde die Staatsferne des Rundfunks und deshalb müsse die Ermittlung des Finanzbedarfs weiterhin durch die KEF erfolgen. Offenbar hat es sich zum grünen Chaos-Gebühren-Club noch nicht herumgesprochen, dass die Ermittlung des Finanzbedarfs und der Gebühreneinzug zu unterscheiden und ersteres unstreitig weiterhin durch die KEF erfolgen soll. Im übrigen gefährdet doch auch die Einziehung der

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

Kirchensteuer durch die Finanzämter nicht die Staatsferne der Religionsgemeinschaften.

Die Reformvorschläge der Grünen bleiben (allenfalls) auf halbem Wege stehen. Wo ist denn die einstige Radikalität dieser selbsternannten Reformpartei geblieben?